

„A PEOPLES ECONOMY“ -ABER WIE?

EIN ÜBERBLICK ÜBER DIE PROGRAMME VON ANC, DA UND EFF ZUR WAHL AM 8. MAI 2019 IN SÜDAFRIKA

VON JULES EL-KHATIB, BENJAMIN LUIG, JAN LEIDECKER

Am 8. Mai 2019 finden in Südafrika die fünften Parlaments- und Präsidentschaftswahlen seit der Überwindung der Apartheid statt. Umfragen sehen den gegenwärtigen Präsidenten Cyril Ramaphosa als klaren Sieger, sicherlich wird der ANC die Mehrheit wiederum gewinnen – zumindest auf der nationalen Ebene. In einzelnen Provinzen ist von einem knapperen Ergebnis und sogar der Möglichkeit von Koalitionen auszugehen. Die vorliegende Analyse will jedoch weniger auf den personenbasierten Wahlkampf, das prognostizierte Abschneiden der einzelnen Parteien oder die möglichen Konsequenzen bestimmter Wahlergebnisse eingehen, sondern explizit die Wahlprogramme der drei Parteien ANC, EFF und DA vergleichen und bewerten.

Knapp fünf Jahre sind seit den letzten allgemeinen Wahlen in Südafrika vergangen. Damals gewann, wie stets seit dem Ende der Apartheid, die von dem ANC (African National Congress) angeführte Tripartite Alliance mit dem Gewerkschaftsbund COSATU (Congress of South African Trade Unions) und der kommunistischen Partei SACP (South African Communist Party) die absolute Mehrheit. Allerdings verlor sie im Verhältnis zur Wahl 2009 fast 4 Prozent und landete bei 62,15 Prozent, während die liberale DA (Democratic Alliance) etwa 5 Prozent hinzugewann und die neugegründeten linken Economic Freedom Fighters (EFF) aus dem Stand 6,35 Prozent erreichten. Mit Ausnahme der Provinz Western Cape gelang es dem ANC in allen Provinzen, die Mehrheit zu erreichen. Bei den Kommunalwahlen 2016 büßte der ANC jedoch deutlich an Stimmen ein. In den wichtigsten Großstädten wie

Johannesburg und Pretoria bildeten sich vom EFF geduldete Koalitionen unter DA Führung, ohne ANC Beteiligung. Da DA und ANC bisher eine politische Zusammenarbeit ausschließen, kommt den EFF eine zunehmende wichtige Rolle als Impulsgeber und „Königsmacherin“ zu. Die EFF wurden von dem ehemaligen Vorsitzenden des ANC-Jugendverbands, Julius Malema, gegründet, der den ANC vor allem wegen einer zu liberalen Wirtschafts- und Sozialpolitik, wie auch für einen mangelnden Einsatz für die arme schwarze Bevölkerung kritisierte. Seit der Wahl 2014 hat sich in Südafrika allerdings einiges verändert. 2015 und 2016 wurde das Land von einer Studierendenbewegung erschüttert, die sich an der Statue des Kolonialisten Cecil Rhodes entzündete, dann aber schnell umschwung in einen Kampf für ein anderes Bildungssystem. Im Zentrum stand



dabei das Ende der Studiengebühren („Fees must fall“), eine Dekolonisierung der immer noch stark vom Apartheidsystem geprägten Bildungsinhalte, eine stärkere Förderung von schwarzen Lehrkräften und bessere Arbeitsbedingungen für prekär beschäftigte Reinigungs- und Sicherheitskräfte in den Universitäten. Die Bewegung konnte dabei Teilerfolge erzielen. So wurden Studiengebühren gesenkt und die Bedingungen für arme Studierende verbessert.

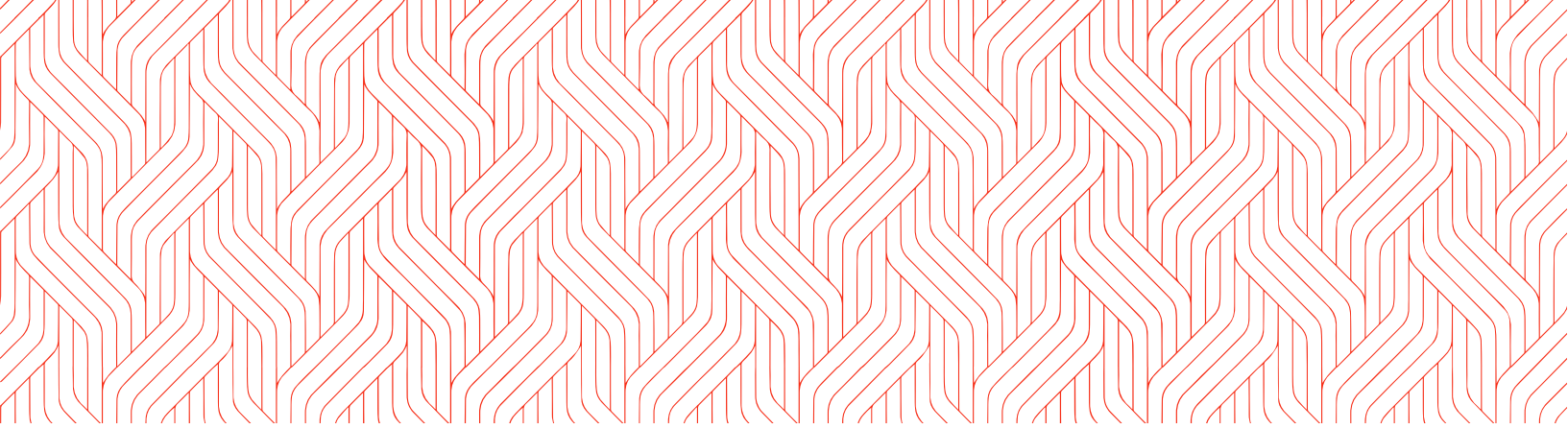
Infolge eines nie gekannten Ausmaßes von systematisierter Korruption im Kabinett, in Ministerien und staatlichen Unternehmen („State Capture“) wurde die Auseinandersetzung um die Nachfolge von Präsident Jacob Zuma im Parteivorsitz als Richtungsauseinandersetzung mit dem Ziel seiner unmittelbaren Amtsenthebung auch aus dem Staatsamt geführt: Dabei standen sich Cyril Ramaphosa, der für eine größere Nähe zu den weißen privatwirtschaftlichen Eliten und für eine Bekämpfung von State Capture steht, und Zumas Ex-Frau, Nkosazana Dlamini-Zuma, die dem Zuma Flügel zugerechnet wird, gegenüber. Der ehemalige Gewerkschaftsfunktionär und Multimillionär Ramaphosa gewann die Abstimmung. Wenige Monate später kündigte die Parlamentsfraktion des ANC einen Misstrauensantrag gegen Zuma an, woraufhin dieser sein Präsidenschaftsamt

niederlegte und Ramaphosa, zunächst übergangsweise, zum Präsidenten gewählt wurde.

Alle drei Parteien kommen nicht umhin, ihre Programme mit plakativen Slogans zu betiteln. Der ANC wirbt mit „Let’s grow South Africa together“ und der EFF fordert „Our Land and Jobs Now!“. Beide legen dazu einen „People’s Plan for a better life for all“ (ANC) und „A Peoples’ Manifesto and a plan of action“ (EFF) vor. Die DA deklariert mit ihrem „Manifesto for change“ ein „One South Africa for all“. Wörter sind ähnlich, was aber sind die Inhalte? Zu besserer Einordnung geben wir im Folgenden einen Überblick über die Positionierungen der drei großen Parteien ANC, DA und EFF zu den in den letzten Wochen medial und politisch am intensivsten diskutierten Themen.¹

Investitionen und Arbeitsplätze

Südafrika ist aktuell das Land mit der höchsten Einkommensungleichheit weltweit. Die offizielle Arbeitslosigkeit liegt bei 27 Prozent, real liegt sie deutlich höher. Das Wirtschaftswachstum pendelte in der jüngsten Zeit zwischen null und einem Prozent. Entsprechend nimmt die Diskussion um Arbeitsplätze und Investitionen bei allen



drei Parteien einen breiten Raum ein. Der ANC verspricht in seinem Wahlprogramm eine „wachsende Wirtschaft für Alle“. Dazu wird ein sozialpartnerschaftlicher Ansatz verfolgt. Das Programm bezieht sich auf die Ergebnisse eines kürzlich veranstalteten Job-Summits, mit VertreterInnen von Privatwirtschaft, Gewerkschaften und Gemeinschaften. Auf dem Summit wurden 275.000 neue Jobs pro Jahr versprochen. Als zweite zentrale Maßnahme sticht der Plan heraus, einen Fonds einzurichten, der massiv in Straßenbau, Zugverkehr, Krankenhäuser, Schulen, Wasserdämme und andere zentrale Infrastrukturpunkte investieren soll. In den nächsten vier Jahren sollen die gesamten (privaten und öffentlichen) Investitionen auf 1,2 Billionen Rand (dies entspricht etwa 75 Milliarden Euro) wachsen. Zugleich verspricht der ANC, Monopole zu entflechten und Missbrauch von extremer Marktmacht durch Großkonzerne zu regulieren sowie kleine und mittlere Unternehmen (KMUs) zu stärken. Beispielsweise sollen 30 Prozent der öffentlichen Beschaffung an KMUs gehen. Grundsätzlich durchziehen das Wahlprogramm und die Reden Ramaphosas zwei zentrale Herausforderungen: Die Investitionsrate im Industriesektor hat in den letzten Jahren stark abgenommen und muss um jeden Preis erhöht werden. Nicht explizit im Wahlprogramm formuliert, aber in Ramaphosas Reden im In- und Ausland deutlich vernehmbar ist der besondere Fokus auf ausländische Direktinvestitionen. Die zweite zentral benannte Herausforderung ist die Kluft zwischen gestiegenen Anforderungen an Qualifizierung (beispielsweise durch die Digitalisierung) und das jetzige öffentliche Bildungssystem. Der ANC will massiv in Bildung investieren, um eine „skills revolution“ herbeizuführen, ohne jedoch genauere Zahlen zu nennen.

EFF skizziert in seinem Wahlprogramm einen Plan zur Schaffung neuer Arbeitsplätze und zur Stärkung der heimischen Wirtschaft und setzt dabei insbesondere auf staatliche Lenkung. „Infant industries“, also Wirtschaftszweige mit Potential für Wachstum und zur Schaffung von Jobs, sollen nach außen geschützt werden. 80 Prozent der öffentlichen Beschaffung durch den Staat und durch staatliche Unternehmen soll von der heimischen Wirtschaft kommen. EFF will in sämtlichen Provinzen jeweils mehrere Sonderwirtschaftszonen einrichten, die jedem Unternehmen, das mindestens 2000 Jobs schafft und Mindestlöhne bezahlt, Steuerfreiheit erlaubt. Ein Fokus soll auf KMUs gelegt werden. Zugleich sollen insbesondere Townshipgebiete

gestärkt werden. Auch hier wird Unternehmen, die 2000 und mehr Jobs im Mindestlohnbereich schaffen, Steuerfreiheit versprochen. Mindestlöhne sollen angehoben werden. Von den jetzt 3.500 Rand monatlich auf 4.500 Rand, und in einigen Wirtschaftssektoren deutlich höher. EFF beantwortet in seinem Wahlprogramm dabei die zentrale Frage nicht, wie existenzsichernde Löhne für den großen Teil der Arbeitenden gesichert werden sollen, die deutlich unter 40 Stunden in der Woche arbeiten. Daneben setzt EFF darauf den informellen Sektor zu stärken, die Rechte von KleinhändlerInnen sollen geschützt werden. In jeder Munizipalität sollen staatlich gesteuerte „Einzelhandelsplattformen“ entstehen, offenbar um den informellen Handel weiter zu stärken.

Die DA legt ihren Fokus insbesondere darauf, stärkere Anreize für ausländische Investoren zu schaffen. Einerseits sollen beispielsweise über vermehrte Bilaterale Investitionsabkommen mit anderen Staaten die Rahmenbedingungen für transnationale Konzerne erleichtert werden. Andererseits schlägt die DA einen „Jobs-Act“ vor, der „einen Arbeitsplatz in jedem Haushalt“ anvisiert. Unternehmen, die investieren und dabei nachweislich Arbeitsplätze schaffen, sollen die Möglichkeit haben, ihre Profite leichter außer Landes zu schaffen, und über eine „market flexibility exemption clause“ leichter die Möglichkeit haben, Arbeitende einzustellen und zu entlassen. Als problematischen Akteure nimmt die DA Gewerkschaften ins Visier. Deren Streikrecht soll eingeschränkt werden und Gewerkschaften sollen stärker in Haftung genommen werden, wenn es bei Protesten zu Sachbeschädigung kommt. Zugleich schlägt die DA einen Plan für ein „breitenwirksames Empowerment“ vor: Einerseits sollen Unternehmen an zusätzliches staatliches Kapital kommen, wenn sie ihren Angestellten einen Teil der Eigentumsanteile überschreiben. Andererseits sollen Unternehmen vom Staat direkte finanzielle Anreize erhalten, wenn sie zusätzliche Jobs schaffen, in die Ausbildung ihrer Angestellten zu investieren und speziell junge schwarze UnternehmerInnen auszubilden. Auch die DA benennt die Notwendigkeit, durch ein stärkeres Wettbewerbsrecht bestehende Monopole aufzubrechen und KMU zu stärken.

Enteignung und Landreform

Ein dominierendes Thema der politischen Debatte in den letzten Monaten war die Frage der Landreform. Ursache ist die extrem ungleiche Verteilung von (Farm-) Landbesitz in Südafrika, die sich seit dem Ende der Apartheid kaum geändert hat. Über drei Viertel des Landes sind in der Hand von ca. 35.000, überwiegend weißen, FarmerInnen. Dem stehen ca. 3 Millionen Landlose und landarme Menschen im ländlichen Raum gegenüber. Dies widerspricht dem Versprechen, welches der ANC nach dem Sieg der ersten demokratischen Wahlen im Jahre 1994 gab. Dort wurde angekündigt, in der ersten Legislaturperiode 30 Prozent des Landes umzuverteilen. Heute, 25 Jahre nach dem Versprechen, wurde nur ungefähr 10 Prozent des Landes über das „willing buyer, willing seller“ Prinzip umverteilt, das heißt der Staat kaufte Land auf. Im Zentrum der Debatte steht dabei nicht nur die Frage, wieviel Land umverteilt werden soll, sondern auch unter welchen rechtlichen Bedingungen. Insgesamt wird die Debatte jedoch weniger hysterisch geführt als in den meisten europäischen Medien.

Ein zentraler Punkt der Debatte ist die Frage einer Ergänzung in dem Paragraph 25 der südafrikanischen Verfassung. Auf Antrag von EFF und mit Unterstützung des ANC wurde eine Kommission im Parlament eingesetzt, die die Möglichkeiten

ausloten soll, explizit die entschädigungslose Enteignung von Land zu ermöglichen. Die DA lehnt diese Weiterentwicklung des Paragraphen ab und fordert eine „Landreform“ über Marktmechanismen - also wie bisher. Doch auch ANC und EFF weisen unterschiedliche Haltungen in der Frage der Änderung des Paragraphen auf. So schlägt der ANC in seinem Wahlprogramm eine Formulierung vor, die „die wirtschaftliche Entwicklung, die landwirtschaftliche Produktion und die Ernährungssicherheit fördert“. Der EFF stellt dagegen die „gleichmäßige Nutzung und Umverteilung“ in den Mittelpunkt. Zudem soll ausländischer Besitz von Farmland verboten werden und das Land enteignet und unter staatliche Verwahrung gestellt werden, um die Umverteilung an die Bevölkerung zu gewährleisten. Dies soll durch die Etablierung von staatlichen Ombudspersonen geschehen.

Im Fokus des DA steht neben der Ablehnung der umverteilenden Landreform vor allem eine Absage an die Korruption und den Klientelismus des ANC. So fordert sie neben Transparenz bei der Umverteilung des Landes auch, dass dies nicht an die Amtsinhaber einer Partei gehen darf. Im Zentrum stehen neben freiwilligen Umverteilungsmaßnahmen die Möglichkeiten brach liegendes Land im Staatsbesitz umzuverteilen und sogenannte „Shared Equity Schemes“, freiwillige Kooperationen zwischen ArbeiterInnen und LandbesitzerInnen. Deren Erfahrung in der



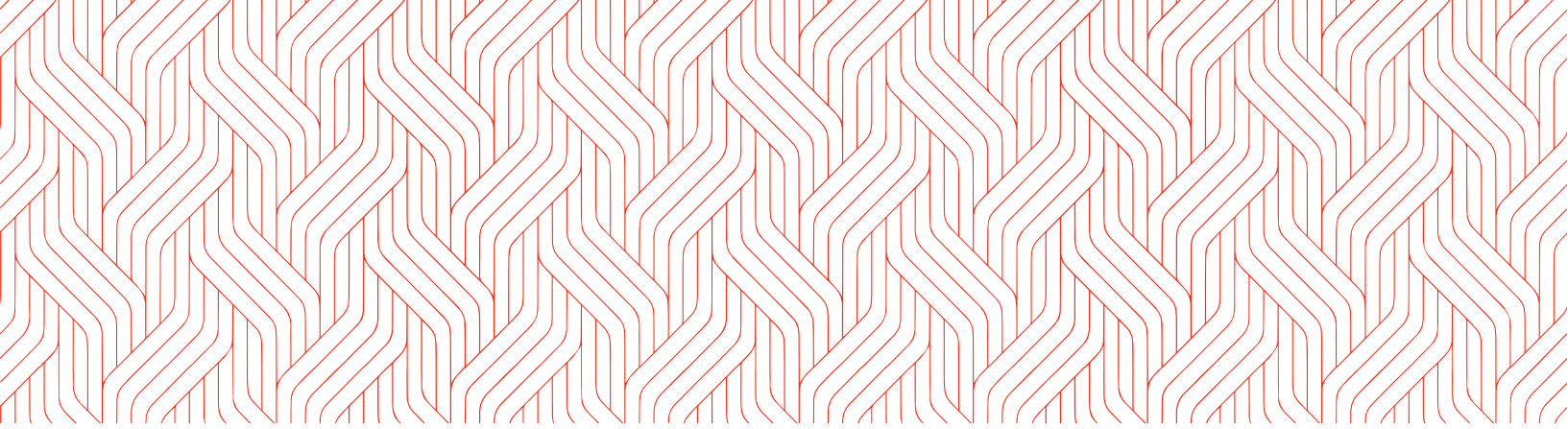


Provinz Eastern Cape sind aber bisher als eher ernüchternd einzuschätzen.

Deutlich wenden sich ANC und DA gegen die Möglichkeit, das Land, welches im „Communitybesitz“ ist, ebenfalls umzuverteilen. Dieser Passus bezieht sich auf die Forderung der EFF auch das Land unter Kontrolle des »Ingonyama Trust« umzuverteilen. Dieser Trust hält drei Millionen Hektar Land und wird von dem Zulu-König kontrolliert, der gemeinsam mit weiteren traditionellen Autoritäten im Aufsichtsrat sitzt. Der EFF fordert im ersten Schritt, das Land an den Staat übergeben, um im zweiten Schritt die Verteilung an lokale BäuerInnen durchzuführen. Auf diese Forderung antwortete Zulu-König Goodwill Zwelithini damit, dass er auch in den Krieg ziehen würde, sollte dieser Plan durchkommen. Ein weiterer deutlicher Unterschied in den Programmen ist der Umgang mit Land, welches zugunsten von Bergbaukonzernen enteignet wird. ANC-Minister Gwede Mantashe will gegen ein Urteil vorgehen, welches es verbietet Land für Bergbaukonzerne ohne die Zustimmung der ansässigen Bevölkerung zu enteignen. EFF dagegen verteidigt das Urteil und fordert, dass diejenigen die keine Landtitel besitzen aber über Gewohnheitsrechte verfügen mit den Besitzern von Landtiteln gleichgestellt werden und dadurch in Zukunft auch in den Schutz dieses Rechts gelangen.

Migration und Xenophobie

Ein weiteres Thema, welches im öffentlichen Diskurs immer mehr Raum einnimmt, ist die Debatte um (illegale) Migration nach Südafrika. Sie wurde vom DA angestoßen und in den Zusammenhang von Kriminalität gestellt. Im Wahlprogramm der Partei wird dem Thema Migration auch ein ganzes Kapitel gewidmet, welches bezeichnenderweise den Titel „Immigration: Securing Our Borders“ trägt. Damit wird deutlich, dass für den DA Migration vor allem eine Gefahr darstellt, die durch stärkere Grenzkontrollen und -sicherung eingehegt werden muss. Weiter heißt es im Programm, dass es durch Probleme mit nicht dokumentierter Migration zu schlimmen Gewalttaten und Xenophobie kam. Die Ursache von Gewalt wird somit indirekt bei den Betroffenen verortet. Gleichzeitig macht das DA-Programm aber deutlich, dass nicht nur illegale Migration abgelehnt wird. Legale Migration und die Beibehaltung des sich selbst zugeschriebenen Status als „kosmopolitisches Land“ werden dagegen verteidigt. Vor allem soll daher die Einreise für qualifizierte MigrantInnen erleichtert werden, während „illegale“ MigrantInnen dagegen „sicher“ in ihre Heimatländer abgeschoben werden sollen. Um diese Ziele zu erreichen, sollen zum einen die zuständigen Abteilungen des Innenministeriums ausgebaut werden und zum anderen die Grenzschutzpatrouillen um 50 Prozent aufgestockt werden.



Im Wahlprogramm des ANC spielt Migration eine deutlich kleinere Rolle. Undokumentierte Migration wird ebenfalls ausschließlich im Zusammenhang mit Kriminalität diskutiert und eine Abschiebung von kriminellen MigrantInnen gefordert. Ansonsten wird die Zusammenarbeit mit Nachbarstaaten zur Sicherung der Grenzregime erwähnt. Im Wahlprogramm der EFF wird sogar nur an einer einzigen Stelle von Migration geredet. Sie wollen eine Registrierung aller MigrantInnen und damit die Situation des „Undokumentiert-seins“ beenden. Zudem wird ein Vorgehen gegen Xenophobie gefordert, welches nicht näher erläutert wird.

Die immer wieder stattfindenden Angriffe auf MigrantInnen spielen somit bei keiner der Parteien eine konkrete Rolle, obwohl erst vor kurzem in Durban drei Menschen bei rassistischen Angriffen umkamen. Die Wahlprogramme von ANC und EFF zeichnen somit eine relativ ungenaue Antwort auf aktuelle Debatten um Migration und Xenophobie, während die DA diesem Thema deutlich mehr Raum gibt, sich aber bei der Antwort an neoliberalen Verwertungslogiken orientiert. EFF macht deutlich, dass er jede Form von Xenophobie ablehnt.

Korruption und State Capture

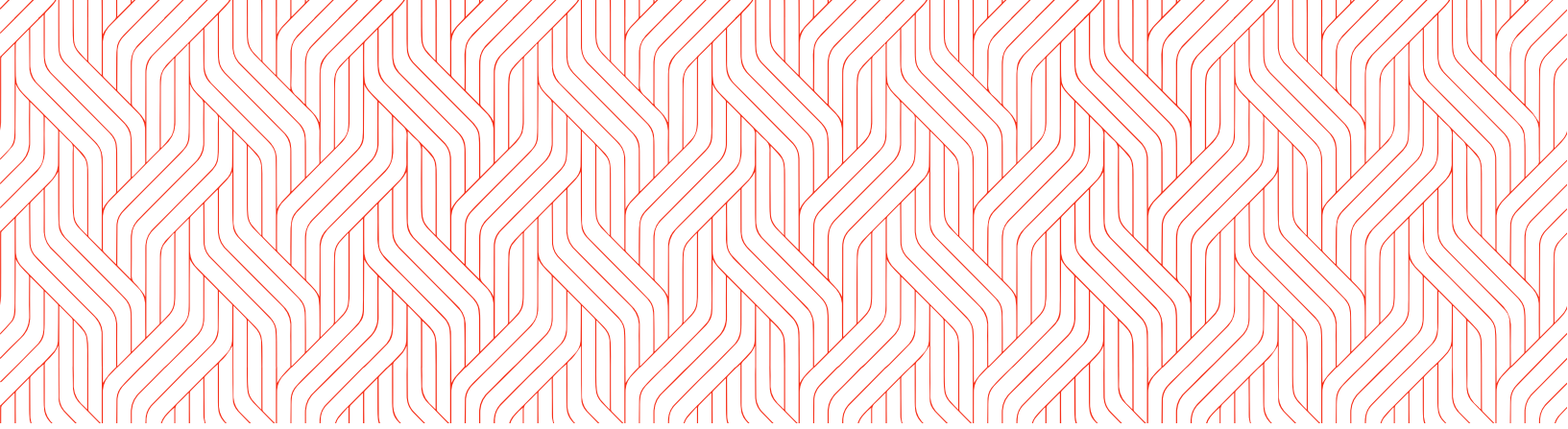
Ein weiteres zentrales Thema ist die Debatte um Korruption und State Capture. State Capture meint die systematische Korrumpierung staatlicher Strukturen zum eigenen Vorteil durch politische FunktionärInnen und RepräsentantInnen, die unter Zumas Präsidentschaft Normalität wurde. Eine zentrale Maßnahme Ramaphosas kurz nach Übernahme der Präsidentschaft war die Einsetzung einer Untersuchungskommission (Zondo-Commission), die sich der Frage widmet, welcher Politiker sich wie bereichert hat. Im Wochentakt werden neue Skandale aufgedeckt.

Alle drei großen Parteien widmen der Bekämpfung von Korruption eigene Kapitel und fordern ein intensives Vorgehen gegen Korruption. DA und EFF fordern eine deutliche Erhöhung der Strafen für korrupte BeamtenInnen und PolitikerInnen. Die DA fordert eine Erhöhung auf 15 Jahre, die EFF auf 20 Jahre. Gemeinsam ist allen Parteien, dass sie unabhängige Institutionen fordern, welche staatliche Auftragsvergabe und Projekte überprüfen sollen. Gänzlich gegensätzlich ist dagegen der Ansatz von EFF und DA, wenn

es um die Rolle geht, die private Konzerne spielen sollen. Während die DA mehr Public-Private Partnerships fordert, macht die EFF im Kapitel zu Korruption deutlich, dass sie sich gegen jede Form der Auslagerung von staatlichen Aufgaben an private Konzerne wendet. Insgesamt formulieren alle drei Parteien in ihrem Programm eine klare Absage an Korruption. Der ANC, den die Korruptionsvorwürfe maßgeblich treffen, schreibt im Wahlprogramm, dass die Korruption in den eigenen Reihen bekämpft wird. Zu konkreten Maßnahmen, die über Kontrollinstanzen und eine Erhöhung der Strafen hinausgehen, wird sich jedoch ausgeschwiegen.

Exkurs: Die Socialist Revolutionary Workers Party

Neben den drei großen Parteien treten noch 45 weitere Parteien in allen Provinzen an, ein neuer Rekord. Von diesen kann sich ein Dutzend Parteien Hoffnungen machen, mindestens einen Sitz im Parlament zu gewinnen. Dies liegt vor allem daran, dass es keine Hürde für den Einzug ins Parlament gibt. So werden 200 Sitze über die landesweiten Listen und 200 über Provinzlisten gewählt. Diese Listen werden anhand der Ergebnisse dann aufgeteilt, wodurch ein Ergebnis von einem Prozent in einer der Provinzen schon zu einem Einzug ins Parlament führen kann. Aus linker Perspektive ist dabei insbesondere die neugegründete Socialist Revolutionary Workers Party (SRWP) interessant. Die Partei, gegründet von der größten südafrikanischen Gewerkschaft NUMSA, wird unterstützt von anderen Gewerkschaften des Dachverbandes South African Federation of Trade Unions (SAFTU). Ihr Anspruch ist es, eine Stimme der Arbeiterklasse zu sein und eine Überwindung des kapitalistischen Systems zu erreichen. Das Parlament stellt dafür in den Augen des Parteivorsitzenden Irvin Jim nur eine Bühne dar und die Wahlen ein Mittel, um die Arbeiterklasse in Kontakt mit der neuen Partei zu bringen. Der Fokus liegt dementsprechend vor allem auf einer Bekanntmachung der Partei und ihrer Ziele, dem kompromisslosen Einsatz für alle ArbeiterInnen und den Kampf gegen Ausbeutung und Privatisierungen. Ein Wahlprogramm der SRWP gibt es zum Zeitpunkt der Formulierung dieser Analyse nicht. In den Fokus ihrer Kampagne stellt die Partei den Kampf gegen einen möglichen Verkauf des staatlichen Energieversorgers Eskom. Die Gründung fand allerdings nur knapp einen Monat vor den Wahlen statt, weswegen sie noch nicht über große Bekanntheit verfügt und es teilweise zu Kontroversen in SAFTU kam, ob



die Gründung einer Arbeiterpartei nicht mehr Zeit gehabt hätte. Trotzdem kann sich SRWP wohl Hoffnungen machen mindestens einen Sitz im Parlament zu erreichen. Wie es danach weiter geht und ob die Partei die Hoffnungen, welche auf dem Working Class Summit von SAFTU artikuliert wurden, erfüllen kann, bleibt abzuwarten.

Fazit

- In der wirtschaftspolitischen Debatte teilen die drei Parteien in ihrer Problemanalyse den Fokus auf Arbeitslosigkeit und ausufernde Korruption, unterscheiden sich aber erheblich in ihrer grundlegenden Ausrichtung. Der ANC setzt auf starke öffentliche Infrastrukturinvestitionen und einen Mix aus ausländischen Investitionen und dem heimischen Sektor. Der EFF geht bei den Vorschlägen zu einer proaktiven, staatlichen Politik am weitesten. Die DA setzt auf massive Subventionen und Abbau von Regulierung für ausländische Direktinvestitionen.
- In dem Vergleich der Wahlprogramme zwischen ANC, EFF und DA wird deutlich, dass die drei Parteien in ihrer Position zur Landreform deutliche Unterschiede aufweisen.

ANC bleibt erstaunlich vage, EFF will eine Verstaatlichung des Landes, die DA lehnt Enteignungen dagegen prinzipiell ab.

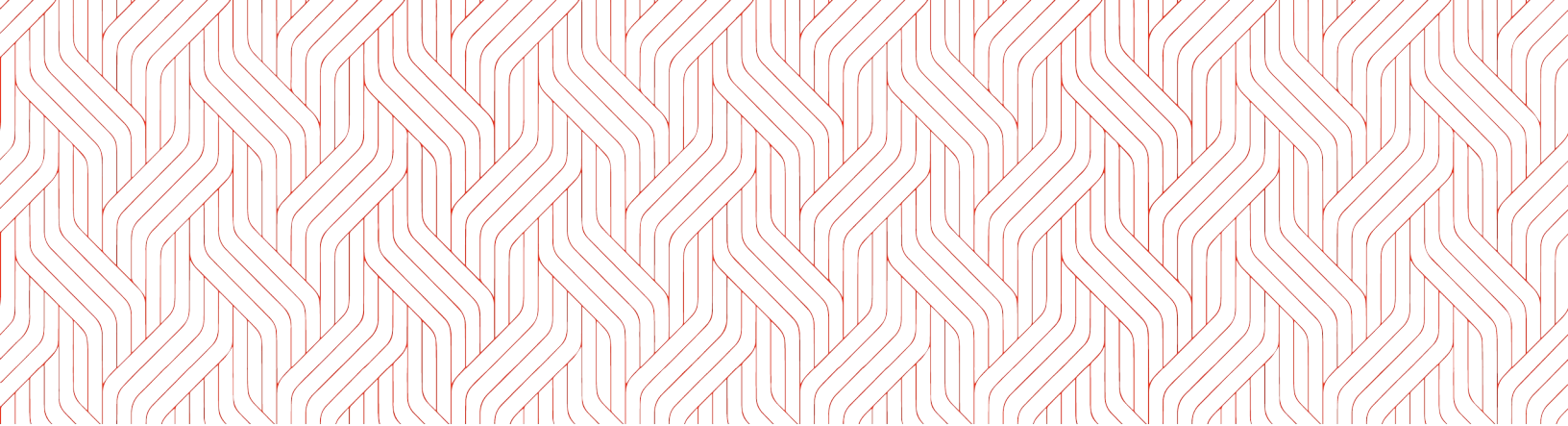
- In der Migrationsdebatte, die in Südafrika noch am Anfang steht, weist die DA das klarste Konzept auf und setzt darauf, gering qualifizierte MigrantInnen auszuschließen. Der ANC verfügt dagegen über kein klares Konzept und fordert lediglich Grenzsicherung und Abschiebung von StraftäterInnen. Als einzige der drei großen Parteien spricht der EFF nicht von Abschiebungen und positioniert sich am deutlichsten gegen Xenophobie. Ein Integrationskonzept oder Ideen für den Umgang mit der Migrationsfrage hat keine der Parteien.
- Zur Bekämpfung von Korruption fordern DA und EFF jeweils Verschärfungen bei der Bestrafung im Falle von Verurteilungen. Zu der Frage, über welche institutionellen Mechanismen Korruption präventiv bekämpft werden kann, findet sich jedoch in den Programmen aller drei Parteien wenig.

Für die kommende Legislatur dürfte entscheidend werden, ob die linken Kräfte im Parlament und auf der Straße

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG, JOHANNESBURG.

237 Jan Smuts Avenue, Parktown North 2193 | PO Box 52063, Saxonwold 2132 | Telephone: +27 (0) 11 447 5222/4 | Website: www.rosalux.co.za

The views and opinions expressed by the author do not necessarily represent those of the Rosa Luxemburg Stiftung.



genug Druck auf den ANC ausüben können, um diesen zu sozialen Verbesserungen und einer möglichen Abkehr von dem neoliberalen Kurs zu drängen. Entscheidende Projekte dabei sind – wie oben diskutiert – Investitionen in Schaffung von Jobs, der Kampf gegen Korruption und State Capture, die Umsetzung der Landreform und die Durchsetzung von sozialen Verbesserungen für die immer noch arme Mehrheit des Landes sowie die Verhinderung von Privatisierungen und Ausverkauf der staatlichen Infrastruktur. Darüber hinaus können diese Wahlen auf regionaler Ebene einen bedeutsamen Wandel bringen. Es ist nicht auszuschließen, dass es in drei Provinzen zu Konstellationen kommt, in denen eine politische Mehrheit ohne den ANC möglich ist. Vor allem in der wirtschaftlich wichtigsten Provinz Gauteng liegt dies im Bereich des Möglichen. Die inhaltlichen Differenzen und Unschärfen der Parteien werden dann relevanter, denn Fragen der Bündnisfähigkeit und die Koalitionsbereitschaft waren in Südafrika bisher kaum Thema. Kurz vor der Wahl ist vieles offen, aber schon diese Offenheit zeigt, dass die südafrikanische Demokratie nach 25 Jahren in eine neue, zweite Phase des Mehrparteiensystems eintritt.

Jules El-Khatib ist Praktikant im Büro in Johannesburg, Südafrika, der Rosa-Luxemburg-Stiftung

Benjamin Luig ist Koordinator des Programms zu Ernährungssouveränität der Rosa-Luxemburg-Stiftung

Jan Leidecker ist Direktor des Büros in Johannesburg, Südafrika, der Rosa-Luxemburg-Stiftung

1. Die diskutierten Wahlprogramme finden sich unter:
ANC - <https://www.politicsweb.co.za/documents/the-ancs-2019-election-manifesto>;
EFF - <https://www.politicsweb.co.za/documents/the-effs-2019-election-manifesto-i>;
DA - <https://cdn.da.org.za/wp-content/uploads/2019/02/22160849/A4-Manifesto-Booklet-Digital.pdf>